

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	23
§ 1 Untersuchungsinteresse und Gang der Untersuchung	23
I. Untersuchungsinteresse	23
II. Gang der Untersuchung	27
Erster Teil Bedeutung und Erscheinungsformen wirtschaftlicher Betätigung von Schülern	29
§ 2 Bestandsaufnahme	29
I. Wirtschaftliche Betätigung von Schülern in der Geschichte des Schulwesens	29
1. Comenius' „Didactica Magna“	30
2. Franckesche Stiftungen	30
3. Industrieschulen und Pestalozzis Neuhof	31
4. Weitere pädagogische Strömungen: Bürgerliche und Sozialistische Arbeitsschule	35
5. „Unterricht in der Produktion“	36
6. Sammelaktionen	36
7. Zusammenfassung	38
II. Bedeutung wirtschaftlicher Betätigung von Schülern in heutiger Zeit und Erscheinungsformen	39
1. Allgemeines	39
2. Anzahl	41
3. Umsätze und Gewinne	43
4. Bereiche	44
5. Ökonomische Bedeutung	46
6. Pädagogisch-didaktische Bedeutung	47
7. (Wirtschafts)Politische Bedeutung	48
8. Kritik an wirtschaftlicher Schülertätigkeit	49
§ 3 Gegenstand der Untersuchung und Eingrenzung des Themas	52
I. Beschränkung auf die Rechtslage im Land Brandenburg	52

II. Definition von „Schule“	52
III. Definition von „öffentlich“	55
1. Schulen in öffentlicher Trägerschaft	55
2. Schulen in freier Trägerschaft	56
3. Beschränkung der Untersuchung auf Schulen in öffentlicher Trägerschaft	57
IV. Definition „wirtschaftliche Betätigung“	58
V. Erscheinungsformen wirtschaftlichen Schülerhandelns	61
1. Zu untersuchende Erscheinungsformen	61
2. Weitere Erscheinungs- und Mischformen	62
 Zweiter Teil Zulässigkeit wirtschaftlicher Betätigung von Schülern	 64
§ 4 Positivrechtliche und untergesetzliche Regelungen de lege lata	64
I. Kein verfassungsrechtlicher Anspruch auf wirtschaftliche Schülertätigkeit	64
II. § 6 Abs. 1 S. 1 GewO – „Unterrichtswesen“	65
III. Art. 28 VerfBbg, § 4 BbgSchulG – Bildungs- und Erziehungsziele	66
1. Bildungs- und Erziehungsmandat der Schule	66
2. Wirtschaftliche Schülerbetätigung zur Erfüllung von Bildungs- und Erziehungszielen	68
IV. § 47 Abs. 3 S. 1 BbgSchulG – Verbot gewerblichen Handelns	70
V. § 47 Abs. 4 BbgSchulG – Unterstützungsleistungen	72
VI. § 9 Abs. 1 S. 4 BbgSchulG – besondere Unterrichtsangebote	73
VII. § 8 Abs. 1 BbgSchulG – Schulversuche	74
VIII. Nr. 17 – 19 VV-Schulbetrieb	74
IX. Rahmenlehrplan Wirtschaft-Arbeit-Technik	76
X. Ein Blick über die Landesgrenzen: § 7 Abs. 4 BlnSchulG	77
XI. Ergebnis	79
§ 5 Zurechnung wirtschaftlichen Schülerhandelns im Unterricht	80
I. Die „Schule“	82
1. Das Wesen der öffentlichen Schule	82
2. Keine Ausnahme bei schulischer Selbstverwaltung	83
3. Zwischenergebnis	85
II. Der Schüler	85
1. Die Schulpflicht	86
2. Das Schulverhältnis	90

3. Keine Befreiung von Unterrichtseinheiten mit wirtschaftlicher Betätigung	92
4. Ergebnis	93
III. Die Lehrkraft	93
1. Weisungsgebundenheit	94
2. Pädagogische Freiheit	94
a. Gesetzliche Verankerung der pädagogischen Freiheit	95
b. Pädagogische Freiheit als subjektives Recht der Lehrkraft?	96
aa. Wortlaut	97
bb. Systematik	97
(1) Eingriffsbefugnisse des Schulleiters	97
(2) Eingriffsbefugnisse der Schulaufsicht	98
(3) Fazit	99
cc. Zweck der pädagogischen Freiheit	99
dd. Historie	100
ee. Pädagogische Freiheit ist kein subjektives Recht der Lehrkraft	101
3. Ergebnis	102
IV. Der Schulleiter	103
V. Sonstige Schulverwaltung: Schulträger und Schulaufsicht	105
1. Schulaufsicht	105
2. Schulträger	106
3. Spannungsverhältnis zwischen Schulträgerschaft und staatlicher Schulaufsicht	107
4. Wirtschaftliche Betätigung als Verwaltungshandeln des Schulträgers oder innere Organisation des Unterrichts durch die Schulaufsicht?	109
a. Argumente für eine Verantwortlichkeit der Schulaufsicht	109
b. Pflicht des Schulträgers zur Tragung der Sachkosten	110
c. Der Schulträger als Vertragspartner	113
aa. Bevollmächtigung nach § 6 Abs. 1 S. 2 i. V. m. § 7 Abs. 4 S. 1 BbgSchulG	116
bb. Rechtsscheinvollmacht	116
cc. Genehmigung des Rechtsgeschäfts	117
(1) Haftung von Schülern und Lehrkräften	117
(2) Unbillige Belastung Dritter durch Kumulation von Risiken	118

(3) Unzulässige Beeinflussung von Unterrichtsinhalten	119
(4) Lösung: Verpflichtung des Schulträgers zur Genehmigung des Rechtsgeschäfts	119
dd. Ergebnis	120
§ 6 Wirtschaftliche Schülertätigkeit als kommunalwirtschaftliche Betätigung	121
I. Legitimationsbedürftigkeit staatlichen wirtschaftlichen Handelns	121
II. Anwendbarkeit der kommunalwirtschaftlichen Regelungen auf die Tätigkeit von und in Schulen	124
1. Historischer Abriss	124
2. Weiter Begriff der Kommunalwirtschaft in der BbgKVerf	126
a. Wirtschaftliche Betätigung i. S. d. § 91 Abs. 1 BbgKVerf	128
b. Schulträgerschaft als wirtschaftliche Betätigung	130
aa. Schulehalten als wirtschaftliche Dienstleistung	130
bb. Die Popitz-Formel des § 91 Abs. 1 S. 1 BbgKVerf	131
cc. Kein Ausschluss aufgrund gesetzlicher Bestimmung	133
c. Fazit	134
3. Zwischenergebnis	134
III. Kommunalwirtschaftliche Zulässigkeitsvoraussetzungen	134
1. Schulträgerschaft als Aufgabe der örtlichen Gemeinschaft	135
2. Rechtfertigung durch öffentlichen Zweck	137
3. Leistungsfähigkeit und Bedarf	138
4. Voraussetzungen des § 91 Abs. 3 BbgKVerf n. F.	139
5. Zwischenergebnis	140
IV. Wirtschaftliche Schülertätigkeit als zulässige Nebenleistung	140
1. Wirtschaftliche Schülertätigkeit als Nebenleistung	141
2. Zulässigkeit der Nebenleistung	141
V. Wirtschaftliche Schülertätigkeit bei einer gesetzlichen Privilegierung der Schule als „nichtwirtschaftlich“	143

§ 7 Exkurs I: Zulässigkeit außerunterrichtlicher wirtschaftlicher Betätigung von Schülern als gelegentliche Aktion im räumlichen Bereich der Schule	144
Dritter Teil Grenzen wirtschaftlicher Betätigung von Schülern	147
§ 8 Wettbewerbsrechtliche Grenzen wirtschaftlicher Betätigung von Schülern im Unterricht	147
I. Keine grundrechtliche Verletzung der Wettbewerbsfreiheit	148
1. Art. 12 Abs. 1 GG bzw. Art. 49 Abs. 1 VerfBbg	148
a. Die Position der Rechtsprechung	148
b. Die Kritik an der Rechtsprechung	150
c. Fazit	153
2. Art. 14 Abs. 1 GG bzw. Art. 41 VerfBbg	153
3. Art. 2 Abs. 1 GG bzw. Art. 10 VerfBbg	154
4. Zwischenergebnis	155
II. Anwendbarkeit des UWG auf wirtschaftliche Schülertätigkeit	155
1. Marktbezogenheit „schulinterner“ wirtschaftlicher Handlungen	156
2. Erwerbswirtschaftliche vs. hoheitliche Betätigung	157
a. Doppelqualifikation hoheitlicher Maßnahmen	158
b. Organisationsform	159
c. Wettbewerbsabsicht	160
d. Gewinnerzielungsabsicht	161
e. Keine Vermutungswirkung	161
f. Streng objektive Betrachtungsweise	161
g. Zwischenergebnis	162
3. Zuordnung des wirtschaftlichen Handelns im Unterricht	163
III. Folgen der Anwendbarkeit des UWG auf wirtschaftliche Schülertätigkeit	164
1. Teilnahme von Schülern am Wirtschaftsleben	164
2. Preisdumping	165
a. Preisunterschreitung in Verdrängungsabsicht	166
b. Wettbewerbsgefährdende Preisunterschreitung	167
c. Preisunterschreitung durch missbräuchliche Ausnutzung eines Wettbewerbsvorsprungs	168

3. Verstoß gegen das Verbot der wirtschaftlichen Betätigung auf dem Schulgelände nach § 47 Abs. 3 BbgSchulG	169
4. Gebrauch einer falschen oder irreführenden geschäftlichen Bezeichnung	169
5. Fazit	172
IV. Anwendbarkeit des GWB auf wirtschaftliche Schülertätigkeit	172
V. Anwendbarkeit der gemeinschaftsrechtlichen Wettbewerbsregeln auf wirtschaftliche Schülertätigkeit	174
VI. Ergebnis	175
§ 9 Steuerrechtliche Behandlung wirtschaftlicher Betätigung von Schülern im Unterricht	176
I. Besteuerung der Schulträger	176
II. Körperschaftsteuer	176
1. BgA	177
a. „Einrichtung“	178
b. „wirtschaftlich herausgehoben“	179
c. „Nachhaltigkeit“	181
d. „wirtschaftliche / hoheitliche Tätigkeit“	181
e. Kein BgA bei Überwiegen einer hoheitlichen Tätigkeit	182
f. Ergebnis	183
2. Befreiung von der Körperschaftsteuerpflicht aufgrund Gemeinnützigkeit	184
a. Gemeinnützigkeit	185
b. Satzungserfordernis	186
c. Zweckbetrieb	186
aa. § 65 Nr. 1 AO	187
bb. § 65 Nr. 2 AO	187
cc. § 65 Nr. 3 AO	187
d. Ergebnis	189
III. Umsatzsteuer	190
1. Betrachtung anhand nationalen Umsatzsteuerrechts	190
2. Betrachtung anhand gemeinschaftlichen Umsatzsteuerrechts	190
IV. Gewerbesteuer	192
V. Ergebnis	193

§ 10 Exkurs II: Wettbewerbsrechtliche Grenzen und steuerrechtliche Behandlung außerunterrichtlicher wirtschaftlicher Betätigung von Schülern als gelegentliche Aktion im räumlichen Bereich der Schule	194
I. Wettbewerbsrechtliche Grenzen	194
II. Steuerrechtliche Betrachtung	195
Vierter Teil Zusammenfassung	196
§ 11 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	196
Literaturverzeichnis	199